

Der Kontext

In Zeiten von Klimakatastrophe und steigenden Fluchtbewegungen ist Wahlkampf in Bayern eben nicht nur für Bayern relevant, sondern für die ganze Welt, denn: Wir leben in Zeiten grenzüberschreitender Risiken: Die Klimakatastrophe macht vor nationalen Grenzen ebenso wenig Halt wie die dadurch verursachten Flüchtlingsströme.

Die Wissenschaft ist eindeutig in ihren Prognosen: Machen wir fröhlich weiter wie bisher, steuern wir bereits 2050 auf ca. 1 Milliarden Flüchtlinge zu, um 2070 werden bis zu 3,3 Milliarden Menschen ihre Heimat wegen Hitze, Wasserknappheit und steigenden Meeresspiegeln verlieren. Das sollten wir vermeiden, solange wir dazu noch die Möglichkeiten haben.

Und: Bayern hat eine Verantwortung. Von der Wirtschaftskraft ist es ein Land vergleichbar der Türkei, Argentinien und der Schweiz und seine Wirtschaft ist sehr international ausgerichtet, was Einnahmen, Verantwortung und „Hebel“ mit sich bringt.

Deshalb spreche ich in meinem Statement über die Zusammenhänge zwischen Asyl und Fluchtursachenbekämpfung.

Aufhören mit Grenzsicherung, Abschreckung und Abschiebung

Bayern investiert viel in seine Grenzsicherheit und hat zu diesem Zweck beispielsweise eine ziemlich überflüssige eigene Grenzpolizei geschaffen, die nicht billig ist und pro Jahre mehrere Millionen Euro verschlingen kann. Zahlen sind schwierig zu bekommen, aber soviel konnte ich herausfinden:¹

- 2018: 14 Millionen
- 2019 500 000
- 2020 2,9 Millionen

Die Frage ist, wozu man die überhaupt braucht, da der Schutz der Außengrenze der Bundespolizei obliegt. Außerdem gibt es begründeten Zweifel an der Effizienz dieser Kontrollmaßnahme. Zwar werden immer hohe „Fahndungstreffer“ genannt, in diesem Jahr 56.067, aber die wenigsten davon sind unerlaubte Einreisen (3.068) oder gar Schleuser (191) – sowohl an der Landesgrenze als auch im Inland bei Schleierfahndungen. In den meisten Fällen geht es um andere Delikte, für die eigentlich andere, bereits vorhandene Polizeidienststellen zuständig wären.² Man mag die Kosten-Nutzenrelation hinterfragen, und ob das Personal nicht lieber andere Polizeidienststellen verstärken sollte, etwa in den Bereichen Wirtschafts- und Finanzkriminalität, wo wirklich komplexe und das Gemeinwesen schädigende Straftaten geschehen.

Was die Versorgung von außereuropäischen Asylbewerbern und Geduldeten betrifft, so sind diese vielfacher Freiheitseinschränkungen unterworfen:

- Es beginnt mit der Zuweisung des Wohnorts, die keine Rücksicht auf evtl. anderswo lebenden Verwandte nimmt

¹ Siehe https://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0007255.pdf

²Jahresbilanz 2022: Verstärkung der Bayerischen Grenzpolizei (24.2.2023), siehe <https://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2023/230224grenzpolizei/>

- Sie erhalten reduzierte Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, was auch die medizinische Behandlung betrifft und viele psychotherapeutisch relevante Traumabehandlungen ausschließt.
- Bildung gibt es nur für Minderjährige, für Asylbewerber und Geduldete handelt es sich bei Sprach- und Integrationskurse um KANN Leistungen, die die Ausländerbehörde genehmigen muss und in aller Regel ablehnt.
- Ausbildung und Arbeitsaufnahme erfordert eine Erlaubnis der Ausländerbehörde, was so kompliziert ist dass viele es gleich bleiben lassen
- Bei beruflichen Qualifikationen zählen Zeugnisse für die deutschen Behörden mehr als nachgewiesene Fertigkeiten gegenüber dem Arbeitgeber, was oft ärgerlich ist, weil natürlich Zeugnisse auf der Flucht auch verloren gehen können.
- Familiennachzug oder Familienzusammenführung ist Einschränkungen unterworfen.
- Seit dem Ukrainekrieg gibt es Flüchtlinge erster und zweiter Klasse, da für die Ukrainer vieles leichter gemacht wird, was gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt und viel Bitterkeit verursacht.
- Usw.

Jeder, der mit Flüchtlingen zu tun hat, kennt diese zähen Schlachten mit Ausländerbehörden, Arbeits- und Sozialämtern, bevor man irgendwann vielleicht doch mal eine Erlaubnis oder gar Geld bekommt. Und dabei kenne ich auch Behördenmitarbeitende, die ihre Arbeit absolut beschissen finden.

Der ganze Umgang mit diesen Menschen signalisiert: Wir wollen euch nicht hier. Wenn ihr wirklich vor Not und Tod geflohen seid dann ihr sicher mit dieser Situation einverstanden und wenns euch nicht gefällt: Geht doch zurück oder woanders hin.

Das ist nicht nur inhuman, sondern auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Unfug, da ansonsten dauernd über den Fachkräftemangel gejammert wird. Und es ist teurer als nötig, denn Flüchtlinge, die keiner Ausbildung oder Arbeit nachgehen dürfen, kosten natürlich den Steuerzahler Sozialhilfe.

Entsprechend gibt es auch zur Verbesserung der sozialen Situation von Flüchtlingen Forderungen unseres Bündnisses, etwa

„Wir fordern die Gleichstellung von AsylbewerberInnen mit Menschen im Grundsicherungsbezug.“

„Die Behörden werden als beratende Behörden geschult, die Beratungsarbeit sowie die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten wird massiv ausgebaut und verstetigt.“

Noch ärgerlicher und zugleich teurer ist Bayerns Abschiebungspolitik, die selbst vor jenen, die Ausbildung oder Lohnarbeit stehen nicht Halt macht:

- 80 Millionen Euro hat das Abschiebungsgefängnis in Hof gekostet, ein weiteres entsteht gerade in Passau.
- Abschiebungshaft kostet 3-400 Euro pro Tag. Es werden in Bayern ca. 40% aller Abschiebungskandidaten in Abschiebungshaft genommen. Legt man die

durchschnittliche Haftdauer von 1 Monat zugrunde, errechne ich für 2021 Kosten in Höhe 8,4 Millionen Euro.³

- Dazu kommen die Kosten für Abschiebungsflüge, die 2022 Menschen sogar in Krisenländer brachten wie etwa Iran, Irak, Afghanistan oder die Überflutungsgebiete Pakistans.

Diese Praxis ist nicht nur teuer, sie ist in der Hälfte aller Fälle widerrechtlich und von Gerichten beanstandet, sie auch inhuman und gegen jede wirtschaftspolitische Vernunft. Sie muss deshalb deutlich reduziert werden, weshalb unser Bündnis fordert:

„Die Staatsregierung sucht Wege zur Vermeidung von Härtefällen und zur Vermeidung einer Kriminalisierung von Notfallhilfe, etwa über Vereinbarungen mit den Kirchen zum Kirchenasyl. Sie richtet eine Kommission zur Überprüfung der Qualität von Anhörungsbescheiden im Asylverfahren sowie eine unabhängige Kommission zur Überprüfung von Abschiebentscheidungen ein.“

Aufstocken der Fluchtursachenbekämpfung

Den Grenzsicherungs- und Abschiebungskosten gegenüber steht im Haushalt der Staatskanzlei versteckt ein Posten mit dem Titel [„Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen“](#). Der ist mit ganzen 10 Millionen Euro ausgestattet.

Wenn man sieht, wieviel Bayern in Abschreckung und Abschiebung steckt, und wenn man versteht, wieviele Milliarden, ja Billionen, die weltweiten Kosten für den Umgang mit der Klimakatastrophe sind und sein werden, unverhältnismäßig wenig. Deshalb fordert unser Bündnis hier:

„Der Haushaltstitel „Fluchtursachenbekämpfung und Entwicklung“ beim Bayerischen Ministerpräsidenten wird um die Position „weltweite Hilfe bei der Anpassung an die Klimakrise“ erweitert und entsprechend beträchtlich aufgestockt.“

Würde man beispielsweise das gängige Kriterium anlegen, dass 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, würde dieser Posten auf 4,6 Milliarden Euro erhöht werden müssen.⁴

Umbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Damit komme ich zu meinem letzten hier relevanten Punkt: Der Überprüfung bzw. der Umbau der bayerischen Außenwirtschaftsbeziehungen. Bayern ist extrem exportorientiert und von Rohstoffimporten abhängig – hätte aber genau deshalb auch Hebel, um für sozial-ökologische Abbau-, Arbeits- und Produktionsbedingungen einzutreten.

Etwa über die Bestimmungen des Lieferkettengesetzes. Die Begeisterung hierzu hält sich allerdings in Grenzen, und so sollte es nicht verwundern, dass Markus Söder per

³ 2021 wurden aus Bayern 1913 Menschen abgeschoben, i.d.R. sind 42,1% dieser Menschen in Abschiebungshaft. Kosten: 19,1 (1%) x42 (42%) x350 (Mittelwert) x30 (1 Monat) = 8.423.100 Euro/Jahr.

⁴ Bayern hatte 2021 laut Statistischem Landesamt 661,5 Milliarden Euro BIP. 0,7 % von 661.500.000.000 sind: 4.630.500.000 Euro,

Bundesratsinitiative forderte, das Inkrafttreten des Lieferkettengesetz für international aktive Unternehmen zu verschieben.⁵

Deshalb fordert unser Bündnis

„Wir fordern Landtag und Staatsregierung auf, sich beim Bund und auch auf EU-Ebene für ein stärkeres Lieferkettengesetz einzusetzen. Es muss dafür gesorgt werden, dass die bestehenden Lieferkettengesetze in der öffentlichen Beschaffung und durch Beratung und Kontrolle von Unternehmen eingehalten werden.“

Ein letztes: Relevant wäre schließlich die Prüfung, inwieweit wirtschaftliche Beziehungen im Globalen Süden verstärkt genutzt werden können, um dort eigene Wertschöpfung zu ermöglichen, Treibhausgasemissionen zu vermeiden und Klimawandelanpassung zu fördern.

Deshalb ist eine relevante Forderung unseres Bündnisses hier:

„Die bayerische Außenwirtschaft zeichnet sich zukünftig durch faire Handelsbeziehungen und wertschöpfende Entwicklungspartnerschaften aus und verzichtet auf importierte Rohstoffe, wenn diese mit Ausbeutung von Mensch und Natur einhergehen. Ebenso werden wirtschaftliche Praktiken daraufhin geprüft, ob sie Klimawandel und Fluchtbewegungen mit-verursachen oder verstärken können.“

⁵ Bundesrats-Entschließungsantrag 657/22, der Bundesrat lehnte diesen Antrag bei seiner Sitzung am 10 Februar 2023 ab.